* Dresden. [illegible]

* [illegible]. Wie im ganzen Reiche, fand auch hier in [illegible] zu den Gefangenen hat. Es sprachen [illegible], ein ehemaliger französischer Kriegsgefangener, [illegible] von Hahn und Dr. Wilhelm, der der Deutschen [illegible] angehörte. Das Theater war trotz der [illegible] Witterung und der Verkehrsverhältnisse von Angehörigen aller Schichten der Bevölkerung bis auf den letzten Platz gefüllt. In einer [illegible] einmütig angenommenen Entschließung erhob die [illegible] Bevölkerung mit [illegible] an alle Völker der Erde nochmals Protest gegen die weitere Zurückhaltung unserer Gefangenen und gelobte, [illegible] keine französischen Fabrikate mehr zu kaufen.

* Mittweida. Von der Gendarmerie wurde in Claußnitz ein auf dem Wege nach Chemnitz befindliches Automobil angehalten, in dem bei der Durchsuchung 3 geschlachtete Hammel, 1 geschlachtetes Kalb und 1 geschlachtetes Rind vorgefunden wurden. Diese ganze Last war für ein bekanntes Chemnitzer Fleischereigeschäft bestimmt. Lieferant war ein hiesiger Handelsfleischer, dessen Behausung von der Gendarmerie und der Polizei einer Besichtigung unterzogen wurde. Man fand hier 2 geschlachtete Hammel, sowie ein lebendes Rind und eine Anzahl lebender Hammel, die [illegible] „hinten herum" gekauft worden waren. Der Handelsfleischer wurde festgenommen.

* Meerane. Der Schleichhandel mit Zigaretten nimmt auch hier immer mehr zu. Zum dritten Male seit kurzer Zeit hat jetzt die hiesige Kriminalpolizei einen größeren Posten Zigaretten in dem Augenblick beschlagnahmt, als er gerade im Schleichhandel abgeschoben werden sollte.

* Stollberg. Bei den Wahlen zur Bezirksversammlung wurden 10 Sozialdemokraten, 11 Bürgerliche und 5 Kommunisten gewählt.

* Leipzig. Um die Mitwirkung der breiten Oeffentlichkeit zur Ermittlung der Täter des Bombenanschlages in der Nöbelstraße in L.-Schleußig weiter anzuspornen, ist die Belohnung für die Ermittlung der Täter sowie für sachdienliche Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen, die am Montag von 3000 auf 5000 Mark erhöht wurde, weiter auf 10000 Mark erhöht worden.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

(Zentralschule) am 17. November 1919.

Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans als Vorsitzender, Herren Gemeindeälteste Günther und Schmidt, 15 Gemeindevertreter und Herr Ortsbaumeister Langer. Vom Kollegium fehlten: Frau Berger, Herren Apelt, Hanke, Kranke und Matthäus.

1. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Das Kollegium beschließt gemäß den Vorschlägen des Bauausschusses: a) die Installationsarbeiten für die Wasserleitungs- und Entwässerungsanlage der 2. Gruppe der Kleinwohnungsbauten an der Oststraße wie folgt zu vergeben: Haus 1, 2 und 3 an M. Martins Nachf., Dresden für 10698.10 M., 9619.— M. und 10114.20 M., Haus 4, 5 und 6 an H. Spörke, Dresden für 9944.90 M., 10018.20 M. u. 10018.20 M., Haus 7 an E. Kießler, Gröba für 9863.85 M., Haus 8 an M. Storl, Gröba für 10019.10 M., b) für die Gasleitungen: Haus 1—6 Wirtschaftliche Vereinigung der Schlosser, Riesa für insgesamt 5808.40 M., Haus 7 E. Kießler, Gröba für 1018.40 M., Haus 8 M. Storl, Gröba für 967.40 M. Im Anschluß wird vom Vorsitzenden ein Schreiben des Klempnermeister Kießler, Gröba bekannt gegeben, in welchem dieser gegen die Äußerung des Herrn Gemeindeältesten Schmidt in letzter öffentlicher Sitzung Verwahrung einlegt, bei seinen Arbeiten in der Baugruppe 1 Lehrlinge in Ueber- und Sonntagsarbeiten beschäftigt zu haben und bittet festzustellen, daß diese Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. In der ganzen Zeit seiner Geschäftspraxis habe er überhaupt nur einen Lehrling gehalten. In der sich anknüpfenden Aussprache, an welcher sich die Herren Gemeindeältester Schmidt, Hammer, Gemeindevorstand Hans und Horn beteiligen, wird klar gestellt, daß Herr Kießler zwar nicht mit Lehrlingen, aber er selbst mit seinen Leuten nachts und Sonntags gearbeitet habe, was durch Zeugen bewiesen und als eine Selbstausbeutung zu verurteilen sei. Wenn die Gemeinde zu dem Bauunternehmen 40000 M. Zuschüsse leiste, dann habe die Gemeindeverwaltung auch das Recht, bestehende Uebelstände genannter Art zu kritisieren und für Abhilfe zu sorgen. Die Eingabe wird damit als erledigt betrachtet.

2. Nach einem von Herrn Ortsbaumeister Langer vorgetragenen Vorschlag des Bauausschusses beschließt der Gemeinderat, die Rolläden-Lieferung für die 2 Läden der Baugruppe II der Firma Schöne in Oschatz zum Preise von 1587.— M. zu übertragen.

3. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Nach den Bestimmungen des Landeswohnungsamtes sind für die von der Gemeinde geschaffenen Kleinwohnungsbauten Gartenanlagen zu schaffen, für welche das an der Steinstraße gelegene Pfarrland erworben worden ist. Die gesamte Außen- und Inneneinfriedigung verursacht nach den vorliegenden Kostenanschlägen einen Aufwand von 33000 bis 38000 M., wodurch der Pachtpreis der Gärten sehr hoch wird. Nach eingehender Aussprache einigt sich das Kollegium auf den Beschluß, vorläufig nur die Außeneinfriedigung ausführen zu lassen und diese dem Baumeister Hennig in Gröba zu übertragen und über die Innen-Einfriedigung später zu beschließen.

4. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Nach den vom Bauausschuß aufgestellten Bedingungen wird ein Bauvorhaben des Tischlermeister Wildner auf einen Werkstattanbau im Grundstück der Georg-Müllerstraße zu befürworten beschlossen.

5. Entgegengenommen werden die Berichte der Herren Engmann und Hentschel über die vorgenommenen Prüfungen der Spar-, Giro- und Steuerkasse.

6. (Berichterstatter Herr Freudenberg.) Der Verwaltungsausschuß hat ein Gesuch des Herrn [illegible] um Uebertragung der Schankkonzession für Bier- und Kaffeeschank und gleichzeitiger Erweiterung derselben auf Wein- und Spirituosenverkauf im Gasthaus „Grüne Aue" befürwortet. Der Gemeinderat beschließt im gleichen Sinne.

7. Herr Gemeindeältester Schmidt erstattet Bericht über den von der Gemeindeverwaltung vorgenommenen Ankauf von Möbeln und Einrichtungsgegenständen aus den Beständen der Heeresverwaltung für die Schule, Volksküche, Kinderhort, Gemeindeamt und Rittergut. Die Verteilung erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung, in welcher auch über evtl. Abgabe solcher Gegenstände an die Bewohner Beschluß gefaßt werden soll.

8. Herr Gemeindevorstand Hans gibt bekannt, daß der Gemeinde auf erfolgtes Ansuchen 3000 Mark Wegebau-Unterstützungen für 1919 von der Amtshauptmannschaft und vom Ministerium überwiesen worden sind.

9. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von einer Mitteilung des Herrn Ortsbaumeisters Langer über gezahlte [illegible] an der Oststraße.

10. Beigetreten wird einem Beschlusse des Bauausschusses, infolge des vorzeitigen Eintritts des Winters die Fenster in der zweiten Baugruppe zu verschalen, die Räume mit Koks auszufeuern und dadurch zu ermöglichen, den Innenputz auch während des Winters aufzubringen. Voraussetzung ist hierbei, den erforderlichen Koks von auswärts heranzubringen, zu welchem Zwecke mit dem Gaswerk in Elsterwerda verhandelt worden sei, welches die Lieferung in Aussicht gestellt habe. Die Kosten des Vorhabens werden sich auf ca. 7000 M. belaufen. Durch diese Maßnahme hofft der Bauausschuß, die Baugruppe, die man anfänglich bis Anfang Februar bezugsfertig zu stellen plante, nunmehr bis Anfang April zur Benutzung bereitzustellen.

11. Auf Anregung des Herrn Horn wird Herr Gemeindevorstand Hans beim Elektrizitätsverband Erkundigungen einziehen über die in letzter Zeit häufig eingetretenen Störungen in der elektrischen Lichtanlage.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Schweres Eisenbahnunglück auf der Kleinbahn Döbeln—Mügeln.

Am 18. d. M. mittags [illegible] auf ihn auffuhr. Hierdurch ist er auf noch nicht aufgeklärte Weise der Personenzug auf die Gefällstrecke gelangt und da das Lokomotivpersonal abgesprungen war, [illegible] hinabgerollt. Infolge der erreichten großen Geschwindigkeit ist er dann in einer scharfen Krümmung, in der zum Unglück eine Brücke liegt, mit der Lokomotive abgestürzt, wobei sämtliche Wagen des Zuges mehr oder weniger zertrümmert wurden.

Tief bedauerlicherweise ist bei dem Unglück nicht nur eine große Anzahl von Personen verletzt worden, sondern es sind auch einige Todesfälle zu beklagen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind Herr Rudolf [illegible] aus Oschatz, Fräulein [illegible] aus [illegible] bei Mügeln, Herr Geschäftsführer Wagner aus Döbeln und Herr Hilfszugschaffner Müller aus Mügeln bei Oschatz getötet worden. Außerdem wurden 24 Reisende verletzt, darunter 16 schwer. Ob noch weitere Tote unter den Trümmern liegen, konnte bis jetzt leider nicht festgestellt werden, ist aber zu befürchten. Es wird mit allen Kräften an der Beseitigung der Trümmer gearbeitet. Die erste Hilfe brachten [illegible] die Freiwillige Sanitätskolonne und [illegible] aus Mügeln, sodann traf der in Döbeln hinterstellte Rettungswagen mit 3 Ärzten ein und einige Zeit darauf der Rettungszug aus Chemnitz mit Sanitätern und der Rettungszug aus Leipzig mit 5 Ärzten und Sanitätern. Die Verletzten wurden in Schlitten nach dem Krankenhaus in Mügeln gebracht, wo sie versorgt wurden. Die Strecke ist unfahrbar und wird auf einige Tage unterbrochen bleiben; es wird versucht werden, den Verkehr durch Umsteigen zu ermöglichen.

Schwerverletzt sind: Walter [illegible], Reisender, Leipzig-Volkmarsdorf, Paul George, Soldat, Oschatz, Bertha [illegible] aus Riesa, Thea Kuhlmann, Haustochter, Schirgiswalde, Arthur Luft aus Döbeln, Fräulein [illegible] aus Mügeln, Ernst Richter, Kantor aus Meißen, Gertrud [illegible], Rittergut [illegible], Frau Anna [illegible], Leipzig-Kleinzschocher, Gendarmeriewachtmeister Löffler aus [illegible], Ernst Thiemig, Oberinspektor aus Oschatz, Frau Wetzig aus Niederstriegis, Clemens Wenig, Gutsauszügler, Haßlau b. Roßwein, Antonie Wenig, Ehefrau aus Haßlau bei Roßwein, 3 Russen.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

Zur Beratung stehen die durch den Rechenschafts-Ausschuß vorgelegten Entwürfe der Volkskammerordnung und der Geschäftsordnung der Volkskammer, über die wir schon berichteten.

Berichterstatter Abg. Dr. Kaiser (D. V. P.): Die Entwürfe sind im Ausschuß im allgemeinen einstimmig beschlossen worden. Lediglich in einzelnen zum Teil nicht unwesentlichen Punkten hat es Differenzen gegeben. Der Ausschuß ist bei der Ausarbeitung seine eigenen Wege gegangen und hat sich nicht an die Geschäftsordnung von Reich oder Bundesstaaten gehalten, die in letzter Zeit auch neu geschaffen worden sind. Es sind vielmehr die spezifisch sächsischen Verhältnisse zu Grunde gelegt worden. Die Geschäftsordnung mußte vor allem Rücksicht darauf nehmen, daß infolge unseres veränderten Staatswesens das Verhältnis von Kammer zu Regierung anders geworden ist. Weiter ist beachtet worden, daß die Regierung nicht mehr außerhalb der Kammer steht, sondern mit ihr zusammen arbeiten muß. Mit Politik hat die Geschäftsordnung nichts zu tun, höchstens insofern, als sie die Minderheiten schützt. Die Geschäftsordnung hat lediglich den Zweck, eine rasche und einfache Erledigung der Geschäfte zu ermöglichen. Ich wünsche, daß nach der allgemeinen Aussprache der Entwurf für die Geschäftsordnung der Volkskammer nochmals an den Ausschuß zurückverwiesen wird, damit er die Wünsche, die heute zu Tage treten, mit verarbeitet. Die Regierung ihrerseits kann in der Zwischenzeit den Entwurf der Volkskammerordnung als Gesetzentwurf ausarbeiten.

Abg. Fiker (D. N.): Wir geben zu beiden Entwürfen unsere Zustimmung. Wir begrüßen die einfachere Gestaltung der Geschäftsordnung, sodaß die Tagungen nicht unnötig verlängert und dem Fiskus Kosten erspart bleiben. Vielleicht ist es auch angebracht, das Diätengesetz über die Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der Kammer in die Volkskammerordnung mit aufzunehmen.

Vizepräsident Lipinski (Unabh.) begrüßt die Entwürfe, soweit sie Verbesserungen enthalten und erhebt gegen einige Bestimmungen Bedenken. Das Diätengesetz will er nicht in die Volkskammerordnung aufgenommen wissen.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Wir schließen uns in den wesentlichen Punkten den Ausführungen des Berichterstatters an. Besonders begrüßen wir die Einrichtung eines sozialen Ausschusses für die Erledigung der sozialen Angelegenheiten und freuen uns, daß die neue Ordnung mögliche Einfachheit und Klarheit bringt.

Auf einstimmigen Kammerbeschluß wurden die Entwürfe nochmals dem Rechenschaftsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Schluß der Sitzung: 1.55 Uhr nachmittags.

Nächste Sitzung Dienstag, den 25. November, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Verschiedene Kapitel des Zwischenetats und Interpellation Blüher (D. V. P.), die Sicherstellung der Mitarbeit der Gemeinden und ihrer Steuerbeamten bei der Reichs- und Staatssteuerverwaltung betreffend.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 20. November 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Hindenburg wollte heute früh 8½ Uhr laut „Lokalanzeiger" Berlin verlassen, zunächst in der Nähe von Magdeburg einen alten Freund besuchen und dann nach Hannover weiterfahren. Er hat sich bereits gestern von Ludendorff verabschiedet. Nach Berlin wird er zurückkehren, wenn die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses wieder beginnen. Das Blatt sagt, es sei zu erwarten, daß zu diesen Sitzungen weitere Mitglieder der Obersten Heeresleitung geladen werden.

Unter der Ueberschrift „Washington ohne deutsche Vertretung" wird im „Vorwärts" gesagt: Die Washingtoner Konferenz hat das gleiche Schicksal wie das Hornberger Schießen. Ohne das in sozialpolitischen Fragen erste Land der Welt, als das Deutschland gilt, mußte diese Konferenz ein Fehlunternehmen sein. Daß Deutschland nicht teilnehmen konnte, muß den alliierten Mächten zugeschrieben werden, die Deutschland von der Teilnahme an dieser ersten großen Arbeitskonferenz ferngehalten haben.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat nach Beratung mit sämtlichen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands grundsätzliche Forderungen in einer Kundgebung zusammengefaßt, die außer dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichspräsidenten, dem Reichsrat und sämtlichen Bundesregierungen zugestellt wurden. Anstelle der jetzigen Zwangswirtschaft müsse die Lieferung auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit treten, sodaß die öffentliche Bewirtschaftung sich nur noch auf Brotgetreide und, sofern dies mit Rücksicht auf die Kinder und Kranken nicht zu vermeiden ist, auf die Bewirtschaftung von Milch und Molkereierzeugnissen zu beschränken hätte. Die Fleischbewirtschaftung sei sofort aufzuheben und von einer Zuckerbewirtschaftung im nächsten Jahre abzusehen.

Als mutmaßlichen Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs von Köln nennen verschiedene Blätter den derzeitigen Bischof von Paderborn.

Ohne Unterschied der Partei erkennen die Blätter an, daß mit dem Abgeordneten Gröber nicht nur das Zentrum einen seiner bedeutendsten Führer, sondern auch die übrigen Fraktionen einen ihrer ältesten Kollegen verlieren, der sich, wie die „Voss. Zeitung" schreibt, trotz Betonung seines persönlichen politischen Standpunktes die Sympathien aller Mitglieder des Parlaments zu sichern verstand. Wie kaum ein anderer habe er das Amt des Abgeordneten bewertet und er sei unzweifelhaft einer der fleißigsten Abgeordneten gewesen. — Das „Tageblatt" hebt hervor, daß Gröber Zeit seines Lebens Demokrat war und nie den Zusammenhang mit den Volksmassen verlor. — Der „Vorwärts" sagt: Sein Charakter sicherte ihm auch die Hochachtung seiner politischen Gegner.

Blätterstimmen zur Vernehmung Hindenburgs.

X Berlin. Als Ergebnis der vorgestrigen Ausschußverhandlungen bezeichnet die „Deutsche Tageszeitung" die Tatsache, daß sie alle Legenden und Lügen, mit denen seit Jahren skrupellos gegen Hindenburg und Ludendorff gearbeitet wurde, restlos zerstörten. — Die „Tägliche Rundschau" urteilt: Klareres als das, was Ludendorff bekundete, hat man selten gehört. Dieser Hasardeur trug wie Atlas ganze Weltlasten auf sich. Er war die Gewissenhaftigkeit selbst. Das Märchen von der Militärkamarilla ist für immer zerstoben. — Der „Lokalanzeiger" schreibt: Die ganze Erklärung des Generalfeldmarschalls war eine einzige Anklage gegen die Maßgebenden in der Heimat. Der Ziellosigkeit, schwächlichen Halbheit, dem Bruderstreit und der wachsenden Selbstzerfleischung in der Heimat stellten die Aussagen Hindenburgs und Ludendorffs den ungeheuren Ernst gegenüber, mit dem sie von Anfang an die Lage beurteilten. Das Urteil der Geschichte brauchen die Zeugen von gestern nicht zu scheuen. — Im „Vorwärts" heißt es: Wenn man Ludendorff hier vier Stunden lang gesehen und gehört hat, sieht man ganz klar, warum und woran das alte kaiserliche Deutschland zugrunde ging: an dem höchstkommandierenden Feldwebelgeist. Ludendorff hat das Volk bewußt irregeführt. Statt durch Enthüllung der furchtbaren Gefahr seine letzten moralischen Widerstandskräfte zu wecken, schläferte er es ein und spaltete es innerlich durch Förderung der wahnwitzigen Annexionstreiberei. — Die „Freiheit" schreibt: Hindenburg und Ludendorff lebten nur im Gedanken an einen Frieden der Zerschmetterung. Deshalb haben sie die Wilsonschen Versuche sabotiert, deshalb begannen sie den Ubootkrieg. Das Vabanquespiel endete mit einem Fiasko, aber die Schuldigen tragen ihr Haupt noch. Wir möchten außerhalb der deutschen Grenzen ein Land kennen, in dem geschlagene Feldherren so vor einen Gerichtshof hintreten könnten, wie Hindenburg und Ludendorff vor den Untersuchungs-Ausschuß.

Die Einigungsverhandlungen in der Sozialdemokratie.

X Berlin. Wie die „B. Z." aus zuverlässiger mehrheitssozialistischer Quelle erfährt, haben sich durchaus ernsthafte Verständigungsverhandlungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen angebahnt. Wenn auch an eine Verschmelzung der beiden Sozialistenparteien kaum zu denken ist, so darf angenommen werden, daß das Bestreben, wenigstens zu einer taktischen Einigung zu kommen, viel Aussicht hat.

Der Beleidigungsprozeß Erzbergers gegen die „Deutsche Zeitung".

X Berlin. Heute morgen 9 Uhr begann vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I der Beleidigungsprozeß Reichsfinanzminister Erzberger gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung" Ernst Bueck. Den Vorsitz führte der Landgerichtsrat Weigel. Die von der Verteidigung geladenen Zeugen Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der frühere Vizekanzler Dr. Helfferich und frühere Justizminister Dr. Spahn sind nicht erschienen. Bei der Vernehmung schränkte der Angeklagte seine Behauptungen in dem Artikel wesentlich ein. Er erklärte, daß ihm bei Abfassung des Artikels ein Irrtum unterlaufen sei, da nicht Erzberger persönlich die Erklärung in der Nationalversammlung abgegeben habe, daß die von der französischen Regierung als Sühne für den Fall Mannheim geforderten 1 Mill. Goldmark aus Privatmitteln gezahlt worden wären, sondern daß eine Erklärung von Cuno in einer Pressekonferenz gegeben worden sei. Das habe nur im Einverständnis mit Erzberger geschehen können.

Aufruf zu Massenversammlungen.

X Berlin. In der „Freiheit" fordert das Zentralkomitee der USPD. die Parteigenossen auf, auf Sonntag, den 23. November Massenversammlungen im ganzen Reich einzuberufen, um gegen die monarchistische Gefahr Stellung zu nehmen.

Clemenceau wird nicht in der Regierung verbleiben.

X Berlin. Wie dem „B. L. A." aus Rotterdam berichtet wird, wird in Pariser amtlichen Kreisen angenommen, daß Clemenceau trotz des Wahlsieges nicht in der Regierung bleiben werde. Ein Ministerium, in dem Millerand das Portefeuille des Aeußeren und Barthou das der Finanzen erhalten, gehört zu den Wahrscheinlichkeiten. Briand werde nicht in die Regierung eintreten.

Die neue Zusammensetzung der belgischen Kammer.

X Brüssel. (Havas.) Die neue Deputiertenkammer setzt sich folgendermaßen zusammen: 73 Katholiken (Verlust [illegible]